

Riesener Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
General Nr. 20.

Das Riesener Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkassens: Dresden 1530
Circulose Riesa Nr. 52.

Nr. 80.

Sonnabend, 4. April 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesener Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigebogens sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. Nummer 1 Mark, für die 16. Nummer 2 Mark, für die 24. Nummer 3 Mark, für die 32. Nummer 4 Mark, für die 40. Nummer 5 Mark, für die 48. Nummer 6 Mark, für die 56. Nummer 7 Mark, für die 64. Nummer 8 Mark, für die 72. Nummer 9 Mark, für die 80. Nummer 10 Mark. Anzeigen für die 1. bis 4. Nummer des Anzeigebogens sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. Nummer 1 Mark, für die 16. Nummer 2 Mark, für die 24. Nummer 3 Mark, für die 32. Nummer 4 Mark, für die 40. Nummer 5 Mark, für die 48. Nummer 6 Mark, für die 56. Nummer 7 Mark, für die 64. Nummer 8 Mark, für die 72. Nummer 9 Mark, für die 80. Nummer 10 Mark. Anzeigen für die 1. bis 4. Nummer des Anzeigebogens sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. Nummer 1 Mark, für die 16. Nummer 2 Mark, für die 24. Nummer 3 Mark, für die 32. Nummer 4 Mark, für die 40. Nummer 5 Mark, für die 48. Nummer 6 Mark, für die 56. Nummer 7 Mark, für die 64. Nummer 8 Mark, für die 72. Nummer 9 Mark, für die 80. Nummer 10 Mark. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Ergebnislose Besprechungen.

Die Fraktionsführer beim Kanzler.

Berlin. Die Führer der Reichstagsfraktionen sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Volksfraktionen und Kommunisten waren gestern mittig in der zweiten Stunde vom Reichskanzler Dr. Luther zu einer politischen Besprechung empfangen worden. An der Besprechung nahmen die Führer der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten teil. Wie verlautet, handelte es sich bei der Besprechung um eine Anregung des Führers der Bayerischen Volkspartei Reich, der die Frage einer bürgerlichen Einheitskandidatur in dieser Besprechung anregen wollte. Von Seiten der bürgerlichen Mittelparteien ist gestern nachmittag ein nochmaliger Versuch gemacht worden, die Zerstückelung der bürgerlichen Front durch die Aufstellung von rechts und links gerichteten Sammellisten zu verhindern. Der Führer der Bayerischen Volkspartei Abg. Reich führte mit den verschiedenen, für eine Einheitskandidatur in Frage kommenden Organisationen die Vorverhandlungen, die schließlich ergaben, daß Reichskanzler Dr. Luther sowohl von den im Reichstagen vereinigten politischen Gruppen wie von der Bayerischen Volkspartei und den Demokraten gebeten wurde, seinerseits eine Vermittlung zu übernehmen und auf eine Einheitskandidatur hinzuwirken.

Dabei war auch der Gedanke in Betracht gezogen, daß Reichskanzler Dr. Luther selbst eventuell die Kandidatur für eine geschlossene Front der bürgerlichen Parteien übernehmen könnte.

Auf Grund dieser Anregungen und Vorverhandlungen fand in den ersten Nachmittagsstunden eine Besprechung bei Dr. Luther statt, von der sich allerdings die Führer der Zentrumsfraktion ausschloßen mit der Begründung, die Vorverhandlungen für die Kandidatenaufstellung seien schon zu weit vorgeschritten, um jetzt noch eine Umgruppierung vornehmen zu können. Die Führer der anderen bürgerlichen Parteien hatten eine eingehende Ansprache mit Dr. Luther, der im Laufe des Gesprächs den stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons als einen geeigneten bürgerlichen Sammellistenkandidaten

in Vorschlag brachte, im übrigen aber darauf hinwies, daß eine solche Sammlung nur möglich sei, wenn sich auch das Zentrum daran beteilige, ja daß man versuchen müsse, auch die Sozialdemokraten, die ja in den letzten Jahren eine durchaus staatserbaltende Politik getrieben hätten, für diese Kandidatur zu gewinnen. Daraufhin wurden neue Besprechungen mit dem Zentrum und den Sozialdemokraten aufgenommen, die nun ebenfalls Vertreter zu Dr. Luther ent sandten.

Die zweite Besprechung beim Reichskanzler, in der alle Parteien außer den Kommunisten vertreten waren, führten zum schnellen Scheitern der Pläne.

Für die Kandidatur Dr. Simons sprachen sich vorbehaltlos lediglich die Demokraten und die Bayerische Volkspartei aus. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen lehnten den Plan ab. Das Zentrum nahm den schon erwähnten Standpunkt ein, die Verhandlungen wären bereits zu weit vorgeschritten und von den sozialdemokratischen Vertretern brachte Hermann Müller eine sehr vorsichtig gehaltene, aber andere Parteivorstände Weisung eine recht scharfe Ablehnung zum Ausdruck. Daraufhin wurden die Besprechungen, an denen sich der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons ebenfalls beteiligt hatte, wieder abgebrochen.

Dr. Jarres nimmt die Präsidentschaftskandidatur wieder an.

Frankfurt a. M. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Duisburg geschrieben, Dr. Jarres habe Pressevertretern erklärt, daß er einem nochmals an ihn ergehenden Ruf des Reichsbundes Folge leisten werde.

Beratungen des Reichsbundes.

Berlin. (Zuntzpr.) Der Reichsbund ist heute Sonnabend morgen in Anwesenheit von Vertretern aller Parteien und Verbände zur Beratung zusammengetreten. Die Verhandlungen werden nach einer Mittagspause fortgesetzt.

Die Kandidatur Marx.

Berlin. Im Anschluß an die abschließenden Verhandlungen zur Aufstellung der Kandidatur Marx haben, wie der „Vorwärts“ zu berichten weiß, 20 Vertreter der drei republikanischen Parteien noch am Freitag abend einen Antrag zur Aufstellung von Marx an den Reichswahlleiter gestellt. Dieser Antrag ist ein Schreiben des Reichskanzlers a. D. Marx beigegeben worden, in dem er sich zur Annahme der Kandidatur bereit erklärt.

Der Rothardt-Prozess vertagt.

Magdeburg. Der zweite Rothardtprozess ist gestern nach einem Vertagungsbeschluss des Gerichts ergebnislos abgebrochen worden. Das Gericht erklärte nach längerer Beratung, diese Vertagung sei leider notwendig, weil auf das Zeugnis des Abg. Scheidemann nicht verzichtet werden könne und weil Scheidemanns Gesundheitszustand eine Vernehmung in absehbarer Zeit nicht ermsögliche. Die Folge dieses Vertagungsbeschlusses wäre, daß der Prozess an einem späteren Zeitpunkt vollständig wieder neu aufgenommen werden müßte.

Die Arbeitnehmer beim Reichspräsidenten.

Berlin. Der Stellvertreter des Reichspräsidenten Dr. Simons empfing gestern morgen die Vertreter der organisierten deutschen Arbeitnehmerschaft, um sich über die Stimmung und Auffassungen in den Arbeitnehmerschaften unterrichten zu lassen. Es erschienen zunächst für den Gewerkschaftsrang Deutsche Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände (Freiwillig-national) der Reichstagsabgeordnete Ernst Lemmer, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Franz Neuhoff und Wilhelm Boedicke. Lemmer wies in der Unterredung auf das wachsende Mißtrauen in der deutschen Arbeitnehmerschaft hin, die besonders über den wirtschafts- und finanzpolitischen Status der gegenwärtigen Reichsregierung tief beunruhigt sei. Die finanzpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung läßten in der Arbeitnehmerschaft die Befürchtung entstehen, die finanzielle Belastung des Großbetriebes würde in gar keinem Verhältnis zu dem Steuerdruck, der auf dem Verbrauch der breiten Massen liege. Der Gewerkschaftsrang forderte deshalb neben einem weiteren Abbau der Lohn-, Lohn- und Gehaltssteuer die Befreiung der wirtschaftlich und sozial gleich unzulänglichen Umsatzsteuer und in der Einkommen- und Vermögenssteuer Steuererleichterungen, bei denen der soziale Charakter im einzelnen stärker zum Ausdruck komme. Neuhoff und Boedicke trugen die Wünsche zur Neuordnung der Arbeitszeit vor und forderten die beschleunigte Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitabkommens und brachten Klagen vor über die mangelhafte Durchführung der Ausnahmeverordnungen des Paragraphen 7 der Arbeitszeitordnung vom Dezember 1923.

Der Stellvertreter des Reichspräsidenten dankte für die Unterbreitung und empfing darauf noch nachsichernder die Vertreter der freien Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Übermals ein schweres Unglück.

Mehrere Tote und Verletzte.

Essen. (Zuntzpr.) Auf dem neuen Schacht 5 der Zeche Matthias Stinnes in Rorrop ereignete sich heute morgen gegen 6 Uhr infolge Versagens der Fördermaschine ein erster Unfall. Man spricht von einer Anzahl Toter und Verletzter. Nähere Einzelheiten waren für den Augenblick nicht zu erfahren.

Essen. (Zuntzpr.) Am 11. April. Das Unglück auf dem neuen Schacht 5 der Zeche Matthias Stinnes ereignete sich zu Beginn der Seilschicht. Aus bisher unbekanntem Grund verlor die Fördermaschine, infolgedessen fuhr der leere Förderkorb in die Seilschicht, während der mit 70 Mann besetzte 2. Förderkorb in den Sumpf hinabfuhr. Bei dem Anprall wurde die unterste Etage erheblich gestaut. Die Rettungsarbeiten setzten sofort mit aller Energie ein und es gelang binnen kurzem, die Besatzung der 3 obersten Etagen des verunglückten Förderkorbes rettlos zu bergen. 15 von diesen Leuten konnten ohne jede Hilfe sich nach Hause begeben. Aus der untersten 4. Etage sind zur Zeit 2 Tote geborgen. Es fehlen noch etwa 10 bis 11 Mann. Ein großer Teil der Verunglückten ist leicht verletzt, 3 Mann wurden schwer verwundet.

Trauerfeier für die Opfer der Reichswehr.

Detmold. Die Trauerfeier für die Opfer der Katastrophe von Belthelm ging gestern nachmittag in Gegenwart des Reichswehrministers Gessler und des Chefs der Heeresleitung, General v. Seeck, vor sich. Anwesend waren der zukünftige Divisionskommandeur, der Infanterieführer aus Hannover sowie zahlreiche Vertreter staatlicher und kommunaler Behörden. Die in der Exzerzierhalle der Kaserne abgehaltene Trauerfeier wurde mit einem von der Reichswehr gespielten Choral eröffnet; darauf hielten die Geistlichen beider Konfessionen Ansprachen an die Trauer-gemeinde. Je 6 Soldaten trugen alsdann die drei Särge auf den bereitstehenden Leichenwagen, während die riefige Trauermusik formierte. Eine große Menschenmenge grüßte den Zug mit andachtsvollem Schweigen. Die Straßenschilder brannten unter Trauerflor, und viele Geschäfte hielten ihre Türen zum Zeichen der Trauer schwarz verhängt. Auf dem Ehrenfriedhof sprachen die Geistlichen beider Konfessionen nochmals, worauf der Reichswehrminister Gessler den toten Kameraden den Abschiedsgruß der Reichsregierung und der gesamten deutschen Wehrmacht zurief. Der Minister legte einen großen Lorbeerkranz an den Särgen nieder. Eine Abteilung der Reichswehr gab dann über den Särgen eine dreifache Salve ab. Damit war die eindrucksvolle, ergreifende Feier zu Ende.

22 Leichen geborgen.

Minden. Vom Standortkommando Minden wurde gestern um 4 Uhr nachmittags mitgeteilt, daß sich die Zahl der geborgenen Leichen auf 22 erhöht hat.

Das Baunnglück in Böhlen.

Zum Baunnglück auf dem Neubaugelände der Aktien-gesellschaft Sächsische Werke in Böhlen teilte die Nachrichten-stelle der Sächsischen Werke nachfolgendes mit:

Zwei Auslagen von einwandfreien Augenzeugen bis-her vorliegen, war um 4 Uhr nachmittags plötzlich ringsum ein Ausbrechen der Betonformschale in Höhe von etwa 30 bis 50 Meter beobachtet worden. Die Erde hatte bereits die volle Höhe von 110 Meter erreicht. Die Formschale folgte der Abwärts des oberen Teils der Erde. Zwei Drittel der Masse fielen ins Innere, ein Drittel nach außen und warf eine benachbarte Mauer des Pumpenhauses um. Die an dieser Mauer beschäftigten Arbeiter konnten sich bis auf drei Füßchen, von denen zwei leicht verletzt wurden, während der dritte am Abend seinen Verletzungen erlag. Tagelang kürzten die acht im Innern des Schornsteins arbeitenden Eisenbauer mit den Trümmern in die Tiefe, wobei auch zwei im inneren Fundament des Schornsteins beschäftigte Arbeiter mit verschüttet wurden. Leider ist nicht damit zu rechnen, daß einer dieser zehn noch am Leben geblieben sein kann. Die Ursache des Baunnglücks soll heute durch Sachverständige auf Grundstücke geprüft werden. Endgültiges hierüber läßt sich noch nicht mitteilen. Alle Gerüchte und Vermutungen über die Ursache sind bis jetzt weder durch die Tatsachen noch durch die bisherige Untersuchung belegt.

Aufwertungsfragen vor dem Ausschuß.

Berlin. Der Aufwertungsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Freitag mit der Entscheidung des Abg. Meißner (Soz.), worin die Reichsregierung erucht werden soll, zum Zwecke der Beschaffung von Mitteln für die Aufwertung der öffentlichen Anleihen dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Vermögen, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit neu entstanden sind, einen Zuwachs erfahren oder sich nicht wesentlich vermindert haben, einer Sonderbesteuerung unterworfen werden, wobei die Vermögen freizulassen sind, die eine bestimmte Größe nicht übersteigen. Hierzu beantragte Abg. Gumbel (Bann. Vp.), daß die Regierung alsbald eine Denkschrift vorlegen möge über die Durchführbarkeit der in der 3. Steuernormenordnung vorgesehenen Inflationssteuer und über die im Antrag Meißner genannte Vermögens-Ausgleichsteuer und Vermögens-Zuwachsteuer. Im übrigen solle der Antrag Meißner dem Steuerausschuß überwiesen werden. Abg. Berg (Dnat.) trat dafür ein, den Antrag Meißner gemeinschaftlich mit dem Steuerausschuß zu beraten und beantragte die Einföhrung einer Steuer auf einen etwaigen Inflationsgewinn bei Grundstücksveräußerungen. Im Verlauf der Aussprache erklärte ein Vertreter des Reichsfinanzministers, daß die Vorarbeiten für eine Denkschrift über die im Antrag Meißner vorgesehenen Inflationssteuern bereits erledigt seien und daher diese Denkschrift in allerfrühester Zeit dem Reichstag ausgereicht werden könne.

In der bestimmten Erwartung, daß diese Denkschrift nach Wiederauftritt des Reichstags dem Aufwertungsausschuß vorliegen werde, beschloß der Ausschuß, die endgültige Entscheidung über ein die Inflationsgewinne besteuernsdes Gesetz in der ersten Sitzung nach Ostern zu treffen.

Braun nimmt die Wahl an.

Berlin. Braun hat in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten mitgeteilt, daß er die Wahl zum preussischen Ministerpräsidenten annimmt.

Stimmungsbild aus dem Preussischen Landtag.

Neuerlich erregte Stimmung im Hause.

Berlin. Im preussischen Landtag ist, wie bereits gestern gemeldet, bei der gestern nachmittags zum fünften Male vorgenommenen Ministerpräsidentenwahl der frühere sozialdemokratische Ministerpräsident Braun im ersten Wahlgang mit 220 von 430 gültigen Stimmen (2 Stimmen waren ungültig) durchgedrungen. Die Einbe-griffung des Ergebnisses mit stürmischen Beifall. Bei der Fortsetzung der Aussprache über die Rotverordnungen nahm die Verhandlung alsbald einen tumultuarischen Charakter an, der bis zum Schluß der Aussprache anhielt und vorübergehend sogar wieder einmal zu einer Unterbrechung der Sitzung führte, als der Abg. Niesel (Dem.) den Appell des Abg. v. d. Osten (Dnat.) an „Gottes Güte“ einer ironischen Betrachtung unterzog, die die Entrüstung der Rechten in einem so hohen Grade hervorrief, daß sie den demokratischen Rednern am Weiterreden verhinderte. Auch die Darlegungen des Abg. Laband von der Wirtschaft, Vereinfachung und namentlich die des völkischen Redners riefen wiederholt Stürme des Widerpruchs hervor und erzeugten zeitweise eine so gespannte Stimmung, daß es fast zu Handgreiflichkeiten gekommen wäre. Die parteipolitische Auseinandersetzung zog sich in unverminderter Heftigkeit bis in die achte Abendstunde hin. Die Einzelberatung der Verordnungen wurde auf Antrag der Sozialdemokraten zurückgestellt und die Ueberweisung der fünf Rotverordnungen an den Hauptausschuß beschlossen.

Die nächste Sitzung des Landtags wird erst am Dienstag, den 26. April stattfinden und als ersten Gegenstand der Tagesordnung die Entgegennahme einer Erklärung des Ministerpräsidenten aufweisen; falls Herr Braun die Wahl zum Ministerpräsidenten ablehnt, soll die Ersatzwahl am Mittwoch, den 15. April vorgenommen werden.